

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-  
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Pettizeile oder deren  
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamzeilen  
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-  
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 156

Fernruf 179.

Wildbad, Freitag, den 9. Juli 1920.

Fernruf 179.

54. Jahrgang

## Die Konferenz in Spa.

(Dritte Sitzung) Spa, 8. Juli.

Die dritte Sitzung der Konferenz fand gestern nach-  
mittag um 1/2 4 Uhr statt.

Reichsminister Dr. Simons schilderte die Schwierigkeiten, die für Deutschland mit der Forderung auf sofortige Ablieferung des Heeresmaterials und gleichzeitiger Herabsetzung der Truppenstärke verbunden seien. Um das Material zu erlangen, müßten im Notfall Truppen eingesezt werden und auf eine ausreichende Sicherung der Erzeugung könnte nur verzichtet werden, wenn die wirtschaftlichen Vereinbarungen in Spa Deutschland industriell und finanziell über die schwere Krisis dieses Sommers hinweghelfen. Trotzdem wollen wir, dem Wunsch Lloyd Georges entsprechend, bestimmte Angaben und Zahlen über die Materialablieferung und Heeresverminderung geben. Wir hegen aber die Erwartung, daß die Verbündeten bei den weiteren Verhandlungen Verständnis für unsere wirtschaftliche Lage beweisen, daß sie uns bei der Unterdrückung des Waffenschmuggels aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet helfen und daß sie insbesondere auf dem Abmarsch der Garnisonen aus der sogenannten neutralen Zone nicht bestehen, da andernfalls dort Aufruhr, zum mindesten aber schwere Beunruhigung und Flucht der leitenden Industriekreise unvermeidlich wären.

Darauf legte General v. Seeckt ausführlich den Plan wegen Ablieferung des restlichen Heeresmaterials und der allmählichen Herabsetzung der Truppenstärke dar. Für die erstere gab er ein Jahr, für die letztere fünf Vierteljahre als Termin an. Er ging besonders auf die große Zahl der noch in Deutschland befindlichen Gewehre ein, von denen rechnungsmäßig noch beinahe drei Millionen abzuliefern seien und fast zwei Millionen keinen nachweisbaren Verbleib haben. Die Verminderung der Reichswehr könne daher nur ganz allmählich erfolgen. Sie soll bis zum 1. Oktober 1920 auf 190 000, bis 1. Januar 1921 auf 180 000 Mann, bis 1. April 1921 auf 160 000 Mann, bis 1. Juli 1921 auf 130 000 Mann, schließlich bis 1. Oktober 1921 auf 100 000 Mann durchgeführt werden. Entsprechend würden die Infanteriebrigadestärke geregelt und gewisse Hilfs-  
truppen schrittweise aufgelöst werden. Für eine besondere Besprechung der militärischen Sachverständigen meldete er noch eine Reihe von Wünschen an.

Lloyd George bemängelte die deutschen Vorschläge in längerer Rede. Die Angaben des Generals zeigten, wie berechtigt die tiefe Besorgnis der Verbündeten vor dem gegenwärtigen militärischen Zustand Deutschlands sei, da jetzt über die im Friedensvertrag zugelassene Zahl hinaus noch drei Millionen „Bewaffnete“ sich im Land befänden. Das bedeute eine beständige Bedrohung nicht nur der deutschen Regierung selbst, sondern aller Nachbarstaaten mit bolschewistischen Angriffen. Er begriffe nicht, wie die deutsche Regierung daran denken könne, solche Zustände auch nur fünf Wochen, geschweige denn fünf Vierteljahre bei sich zu dulden. Sie solle jetzt eine Probe ihrer Macht geben. Die geforderte Verlängerung der Fristen gehe weit über das notwendige Maß hinaus. Im übrigen schlug Lloyd George vor, daß die militärischen Sachverständigen der beiden Parteien sich über die im einzelnen abweichenden Ziffern betreffend das Heeresmaterial, sowie über die Durchführung der Klauseln der Marine und Luftflotte sofort verhandeln sollten und daß die Leiter der Abordnungen der Verbündeten mit ihren militärischen Hauptfachverständigen die Vorschläge der deutschen Regierung beraten sollten. Morgen um 12 Uhr würde dann die endgültige Antwort auf die Vorschläge erteilt werden.

Nach einigen Schlussworten des Ministers Simons, der für die Beratung der Verbündeten Karten über die Truppenverteilung bei einer Heeresstärke von 200 000 Mann und von 100 000 Mann übergab, wurde die Sitzung um 6.45 Uhr geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag mittag anberaumt.

Nach der Sitzung traten sofort die militärischen Sachverständigen zu der vorgeschlagenen und deutscherseits angenommenen Sonderbesprechung zusammen. Dabei wur-

de über die Ziffern des Heeresmaterials ein Einverständnis erzielt.

Wie das Wolffsche Telegr.-Bur. von zuständiger Seite erfährt, sind die Beschlüsse, die General v. Seeckt in Spa gestern als Plan in der Konferenz vorgelegt hat, von den in Spa anwesenden deutschen Ministern nach längerem eingehenden Beratungen einstimmig gefaßt worden.

Die Blätter veröffentlichen ein „streng vertrauliches“ Rundschreiben des Parteivorstands der Sozialdemokratie vom 9. Juni an die sozialistischen Blätter, in dem es u. a. heißt: „Uns kann eine bürgerliche Regierung im Augenblick nur erwünscht sein, denn die Verhandlungen in Spa werden der deutschen Republik und dem deutschen Volk schwere Lasten auferlegen. Wir haben alles daran zu setzen, daß die Vertreter der Rechtsparteien die Verhandlungen in Spa führen und die Anordnungen der Entente auf sich nehmen. Dann müssen sie die Entwaffnung des Heeres herbeiführen, die ihnen dieses Heer, auf das sie alle ihre Hoffnung setzen, zum schärfsten Feind machen wird.“

**Basel, 8. Juli.** Die „Basler Nachrichten“ schreiben, wenn die Verbündeten den Bogen überspannen würden, so treiben sie Deutschland in die Arme Russlands. Dann würde in Europa eine Gemaltherrschaft ohne gleichen kommen und die Verbündeten würden jedenfalls auf jede Kriegsschädigung verzichten müssen.

**Spa, 8. Juli.** Die englische Presse berichtet, die Verbündeten werden unbedingt auf der Auslieferung oder Vernichtung der Waffen und des sonstigen Kriegsmaterials bestehen, die Heeresstärke von 200 000 Mann könnte dann wohl zugestanden werden.

**Amsterdam, 8. Juli.** Der Korrespondent der „Times“ in Spa meldet seinem Blatt, daß die Konferenz wahrscheinlich am Sonntag beendigt sein werde. Die französische Abordnung habe ihre Weisheit auf Sonntag Abend festgesetzt. Es sei davon die Rede, daß verschiedene Kommissionen ernannt werden sollten, in denen auch Deutschland vertreten sein werde, um die Einzelheiten der Fragen der Entwaffnung, der Kohlenlieferung und der Wiedergutmachung zu besprechen, während die allgemeine Konferenz Ende Juli in Ostende wieder ausgenommen werden solle.

**Rotterdam, 8. Juli.** Dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant“ wird aus Spa geschrieben, Reichskanzler Fehrenbach habe in der zweiten Sitzung den Fehler begangen, daß er auf die Ausführungen Lloyd Georges, der den Deutschen die Beibringung der Belege über die Waffenablieferung usw. auftrag, eine lange vorbereitete Rede vortrug, die zu der neuen Lage nicht mehr paßte. Lloyd George habe erwidert, daß die Zeit für solche Reden zu kostbar sei und er habe die Deutschen ermahnt, dem Rechnung zu tragen.

**Paris, 8. Juli.** Millerand erklärte dem Berichterstatter des „Intransigeant“, er glaube, die Dinge würden jetzt einen raschen Verlauf nehmen, und man werde in Spa nur die großen Linien der Schlusssitzung feststellen. Die Einzelheiten würden nachher kommen, man werde aber nicht abreißen, bevor man nicht die Hauptpunkte der Tagesordnung ausreichend erörtert habe und bevor die Deutschen ein Protokoll unterzeichnet hätten.

„Echo de Paris“ schreibt, Millerand, der den baldigen Schluß der Konferenz wünsche, könne seine Anwesenheit in Spa nicht über den 12. Juli ausdehnen. Wenn bis dahin kein greifbares Ergebnis erzielt sei, könne die Konferenz als gescheitert gelten. „Journal des Debats“ meldet, die Verbündeten vermüssen den Beweis der Deutschen für ihren Willen, den Vertrag zu erfüllen. Millerand sei der Ansicht, daß Deutschland trotz der anerkannten Schwierigkeiten sehr wohl in der Lage sei, die militärischen und finanziellen Bedingungen des Friedensvertrags zu erfüllen. Der „Temps“ will wissen, die Verbündeten seien enttäuscht, daß die Deutschen ohne Gegenvorschläge nach Spa gekommen seien.

**Paris, 8. Juli.** Savas meldet, Marschall Foch lehne die Verantwortung ab, wenn Deutschland ein Heer von 200 000 Mann belassen würde. Das feste Auftreten Lloyd Georges wird als ein Zeichen betrachtet, daß Millerands Standpunkt in der Entwaffnungsfrage durchgedrungen sei. Es wird behauptet, daß ein Diplomat der Verbündeten in „Basel dem Reichs-

kanzler Fehrenbach im Auftrag Lloyd Georges mitgeteilt habe, daß die militärischen Fragen in Spa zuerst behandelt werden und daß die militärischen Sachverständigen sogleich abreisen sollten. (?)

## Die Beschäftigung Schwerbeschädigter.

In den Kreisen der Arbeitgeber herrscht zum Teil noch Unkenntnis über das wichtige Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 sowie der dazu ergangenen Ausführungsverordnung. Die Einstellungspflicht beginnt, sobald ein Arbeitgeber 25 Arbeitnehmer — gleichviel welchen Geschlechts — beschäftigt, und zwar derart, daß auf je 25 bis 50 Arbeitnehmer ein Schwerbeschädigter und auf je weitere 50 Arbeitnehmer ein weiterer Schwerbeschädigter eingestellt werden muß. Dieser zahlenmäßig bestimmte Bruchteil ist ein Mindestmaß, das grundsätzlich erreicht werden muß. Es können jedoch nach näherer Anordnung für einzelne Berufsgruppen ausnahmsweise Erleichterungen gewährt werden, sofern dies nach der besonderen Lage des Falls erforderlich ist. Andererseits kann aber auch nach Anhörung des Arbeitgebers und der Vertretung der Arbeitnehmer angeordnet werden, daß einzelne Arbeitsplätze, die für Schwerbeschädigte vorzugsweise geeignet sind, für diese freigehalten werden.

Paragraf 1 des Gesetzes besagt, daß jeder Arbeitgeber, der einen Arbeitsplatz besetzen will, verpflichtet ist, einen Schwerbeschädigten, der für denselben geeignet ist, anderen Bewerbern vorzuziehen. Es ist den Arbeitgebern zu empfehlen, bevor sie leichtere Stellen besetzen, bei der örtlichen Fürsorgebehörde anzufragen, ob geeignete Schwerbeschädigte vorhanden sind.

Eine Weigerung, die nach dem Gesetz auf den Betrieb entfallenden Schwerbeschädigten zu beschäftigen, hat nach Paragraf 13 eine Klage beim Schlichtungsausschuß zur Folge. Da die etwaigen Wünsche der Arbeitgeber — auch schon im Interesse der Schwerbeschädigten — von der Fürsorgebehörde so weit wie eben möglich berücksichtigt werden, wird eine Klage erst nach wiederholten ergebnislosen Verhandlungen erhoben. Ein Schlichtungsausschuß hat kürzlich in Erkenntnis der sozialen Tragweite des Gesetzes ausdrücklich erklärt, daß dem Gesetz in allen Fällen Genüge verschafft werden müsse und evtl. empfindliche Bußen — das Gesetz geht bis zu 10 000 Mark — verhängt würden. Der Fürsorgebehörde ist es aber in erster Linie um die Unterbringung zu tun.

Als Schwerbeschädigte im Sinne des Gesetzes sind anzusehen: Kriegsbeschädigte, Friedensdienstbeschädigte und Unfallverletzte, sofern sie eine Rente von 50 v. D. und mehr der Vollrente beziehen.

## Die Schulden der Ententstaaten.

Der Pariser „Temps“ beivacht die Frage der Schulden unter den Verbündeten, was werden sein wirtschaftliches Gleichgewicht und damit auch sein politisches und soziales Gleichgewicht nicht wiederfinden, solange diese Frage nicht gelöst sei. 20 Monate nach dem Krieg wisse man noch nicht, wie man die Schulden der Verbündeten untereinander regeln wolle. Frankreich habe verschiedenen Staaten zusammen geliehen 7 Milliarden 575 Millionen Franken. Es habe dafür von Amerika geliehen 2 Milliarden 985 Millionen Dollars. Das mache 15 1/2 Milliarden Goldfranken, nach dem heutigen Kurs 36 Milliarden. England habe Frankreich geliehen 514 Millionen Pfund Sterling, das mache 13 Milliarden Goldfranken aus, nach heutigem Kurs 24 Milliarden. Wenn man die Summen anrechne, die Frankreich ausgeliehen habe, dann schulde Frankreich an New York 60 Milliarden. Aber auch England habe geliehen. Es schulde Amerika 1060 Millionen Pfund Sterling nach heutigem Stand des Kurzes, es habe aber dafür geliehen außer an Frankreich an Belgien 92 Millionen Pfund, 455 Millionen an Italien, 22 Millionen Pfund, verschiedenen anderen Verbündeten 66 Millionen Pfund und Rußland 568 Millionen Pfund. Das bedeute, wenn man von der russischen Schuld abziehe, daß England 87 Millionen Pfund mehr zu fordern habe als es Amerika schulde. Amerika endlich habe ausgeliehen außer den 4220 Millionen an England 2985 Millionen Dollars an Frankreich, 1811 Millionen an Italien, 889 Millionen an Belgien, 188 Millionen an Rußland, 27 Millionen an Serbien und 136 Mil-

tionen Dollars an andere Verbündete. Der „Tempo“ bespricht alsdann die Frage der gegenseitigen Annullierung der Schuld und schließlich wirkt er die Frage der Hinsichtigkeit auf, durch die man ebenfalls, wenn der erstere Weg nicht gelinge, zu einem guten Ergebnis gelangen könne.

### Loucheur gegen Keynes.

Paris, 8. Juli. In der gestrigen Kammer Sitzung hat der ehemalige Minister Loucheur bei der Beratung des Haushalts der befreiten Gebiete erklärt, es habe sich eine Sage gebildet, daß es möglich gewesen wäre, sofort von Deutschland 10 oder 15 Milliarden zu erlangen. So, man hätte Papiermark haben können, mit denen sich hätte die Deputiertenkammer tapezieren lassen. Sonst sei nichts vorhanden gewesen. Der Abg. Louis Marin sagte, der Oberste Rat habe großes Unrecht begangen, den Goldvorrat der Reichsbank abzuwandern zu lassen, nicht nur um Deutschland zu ernähren, sondern auch um ausländische Kaufleute zu bereichern. Dieses Gold hätte den Geschädigten der Kampfzone gehören müssen. Loucheur stellte weiter fest, daß die befreiten Gebiete von Deutschland noch nichts erhalten haben. Loucheur griff dann scharf den Engländer Keynes an, der behauptet habe, Frankreich übertrage seinen Schaden und verdopple die Zinsen. Das Unglück sei, daß Keynes gewisse Mitglieder der englischen Regierung überzeugt habe.

### Krieg im Osten.

Warschau, 8. Juli. Staatspräsident Pilsudski hat über das ganze polnische Reich den Kriegszustand verhängt. Der letzte polnische Heeresbericht besagt u. a.: Gestern begann der erste Teil des seit langem geplanten bolschewistischen Angriffs. Das bolschewistische Heer ging zum Angriff an der Dina vor. Bolschewistische Kavallerie unterbrach die Eisenbahnlinie Kiew-Kowel. Südlich von Bobruisk griffen die Bolschewisten von Ludwicz bis Ostroy an. Weiter südlich ist die Lage unverändert. — Wie der Warschauer Korrespondent der „Berlinsche Tidende“ erfahren haben will, kann jeden Augenblick das Eingreifen einer Weltmacht zu Gunsten Polens erwartet werden.

Konstantinopel, 8. Juli. (Nava.) Einer Privatmeldung zufolge hat Mustafa Kemal die Mobilisation und Zwangsrekrutierung aller waffenfähigen Männer ohne Unterschied der Religion angeordnet.

London, 8. Juli. Reuters meldet, daß britische Patrouillen in Indien, in denen auch Zelfänder sich befinden, gemuntert haben. Die Sinn-Feiner machen in Indien harter Umtriebe.

## Das Programm der neuen württ. Regierung.

In der dritten Sitzung des neugewählten Landtags am Mittwoch stellte sich die neue Regierung vor. Sie besteht bekanntlich mit Ausnahme des Arbeits- und gleichzeitigen Ernährungsministers Dr. Schall, der bisher Direktor in den Daimlerwerken war, nicht aus neuen Männern. Das Regierungsprogramm verlas der neue Staatspräsident, Kultusminister Dr. von Pieber. Die Erklärung wurde allseitig mit Spannung erwartet, denn die neue Regierung befindet sich in der eigentümlichen Lage, das sie nicht die Mehrheit, sondern eine Minderheit des Parlaments vertritt. Das Regierungsprogramm verzichtete daher auf eine parteipolitisch gefärbte Aufmachung und sucht vor allem die Aufgaben hervorzuheben, auf denen sich möglichst viele Parteienrichtungen einlassen können. Während alle Fragen, durch die Gegensätze der Weltanschauung oder Klassengrundsätze aufgerührt werden könnten, zurückgestellt oder ganz ausgeschlossen sind. Die neue Regierung wendet sich an den guten Willen aller, die bereit sind, an dem Wiederaufbau auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet tätigen Anteil zu nehmen. Mit besonderem Nachdruck betonte der Staatspräsident die Entschlossenheit der Regierung, dem Reich unverbrüchlich die Treue zu halten, sie werde aber einer überspannten Zentralisierung

mit der gleichen Entschiedenheit entgegenzutreten. So sei zwar die württembergische Regierung bereit, die südwestdeutschen Zusammenschlußpläne, die von Hessen ausgehen, zu unterstützen, soweit sie wirtschaftlichen Interessen dienen, sie dürften aber den Interessen der Reichseinheit nicht zuwider laufen. Die Aufgaben der Regierung seien nur zu lösen, wenn im Innern Ruhe und Ordnung herrsche und sie werde nach Kräften dafür sorgen, daß gewalttätige Störungen fernbleiben. Die Programmrede behauptet, daß die Sozialdemokratie sich nicht habe entschließen können, an der Regierung sich zu beteiligen, erhofft aber die Unterstützung der Partei; auch die neue Regierung wolle nicht gegen, sondern mit den Arbeitern regieren. Andererseits lehnt der Staatspräsident die Zusammenarbeit mit der Rechten grundsätzlich aus den gleichen Gründen ab, die auch im Reichstag für den Ausschluss der Deutschnationalen vor der Regierung bestimmend gewesen seien. Nichtsdestoweniger ermahnt er auch die Rechte, Verfassungsfragen zurückzustellen und den wirtschaftlichen und sozialen Frieden fördern zu helfen. Mit großer Sorge blickt der Staatspräsident auf die Konkurrenz in Spa. Je größer die Gefahren sind, die dem Reich von dort her drohen können, umso notwendiger ist es, daß im Innern des Reichs alles vermieden werde, was den Frieden und den Wiederaufbau beeinträchtigen könnte. Die Rede drückt die Hoffnung aus, daß es den Vertretern in Spa gelingen werde, Forderungen abzuwenden, die unsere Leistung- und Arbeitsfähigkeit vollends vernichten würden.

Die Programmrede wurde von der Regierungskoalition mit lebhaftem Beifall, von der Sozialdemokratischen Partei freundlich-angenommen, die Rechte verharzte in kaltem Schweigen, während die äußerste Linke, die Partei der Unabhängigen, wiederholt durch Zwischenrufe ihre offene Gegnerschaft bekundete. Wegen eines gegen den neuen Minister des Innern Graf gerichteten unparlamentarischen Zurufs wurde sogar einer ihrer Abgeordneten durch den Landtagspräsidenten Walter zur Ordnung gerufen.

## Württ. Landtag.

Stuttgart, 8. Juli.

4. Sitzung. Aussprache über die Erklärung des Staatsministers. Präsident Walter eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr. Abg. Boglle (S.P.): Das Urteil über die Thronrede ist in einem Punkt einmütig: Sie läßt in der Fänge jede frühere Thronrede hinter sich zurück. Aber sie enthält wenig greifbare Dinge. Wir begrüßen die Betonung der Einheit des Reichs und daß man abgesehen ist von dem Gedanken des zentralisierten Einheitsstaats. Wir begrüßen die Verstaatlichung der Posten. In Bezug auf die Zwangswirtschaft hätten wir gern ein klares Bild bekommen. Die Thronrede besteht aus allgemeinen Sätzen und Versicherungen, auch bezüglich der Abwehr der Unruhpunkte. (Zuruf links: An der Sie helfen können.) Die erste deutsche Volksregierung trat ebenfalls mit solchen Versicherungen hervor und hat alljährlich versagt. Auch die 2. Volksregierung hat alljährlich versagt, ohne daß die Hand „verdorrte“. Alle Versicherungen nach der Revolution sind nicht in Erfüllung gegangen. Der Kampf zwischen Individualität und kommunikativer Weltanschauung ist entbrannt. Es handelt sich nicht um einen theoretischen Kampf, sondern um einen Kampf mit Blut und Eisen. Die Unabhängigen (den U.S.P.) Sie haben Gruppen organisiert. (Beifall.) Woher kam die rote Armee im Ruhrgebiet? Die deutsche Revolution ist eine lächerliche Kopie der russischen, die eigentlich voll sein sollte. Sie gebildet die Jugend und das Bürgertum wollen von der Diktatur des Proletariats nichts wissen, die Herren von links aber wollen es. Sind Sie sich Ihrer furchtbaren Politik bewußt? Wir verlangen eine aktive Politik, die die Interessen mit Würde wahrt. In Deutschland konnten sich Abgeordnete finden, die gegen die Interessen des deutschen Volkes sich mit den Feinden verbänden. So entsteht im Ausland die Meinung, die Deutschen seien das unheilvollste Volk. Wir verlangen den Nachweis, daß Deutschland am Weltkrieg unschuldig ist. Wir fordern die Öffnung der Archive. Unter keinen Umständen darf die Regierung auf Volksgel- und Einwohnerwehr verzichten. In der Forderung der Aufhebung der Zwangswirtschaft sind Bürgerpartei und Bauernbund einig. Die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte sind mit Rücksicht auf die Interessen des Vaterlands anders gestellt, als die Löhne der Industriearbeiter. Drei bis viermal so hoch würden die Preise sein, wenn Lebensunterhalt, Frauen- und Kinderarbeit nach Arbeitertarifen bezahlt würden. Der Beschäftigte Vertrag ist eine wesentliche Ursache unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Dazu kommt die unzulängliche Wirtschaftspolitik, die Abschaffung der Akkordarbeit, die verheerende Gleichmäherei in Arbeit und Lohn, die verfliegene Sozialisierung und der Achtstundentag. Zwei Parteien mit 40 Stimmen bilden eine Regierung gegen eine Opposition von 10. Das Zentrum hatte gegen die Vorschläge un-

ferer Partei keine Einwände, aber die Demokratie hat unsere Mitarbeit abgelehnt. Die Front der erhaltenden Kräfte ist durch die Demokratie verhindert worden. Die Sozialdemokratie ist stiller Teilhaber. Deshalb sind auch die sozialdemokratischen Beamten auf ihren Stellen geblieben. Die Regierung ist also abhängig von der Sozialdemokratie, ohne daß diese die Verantwortung trägt. So eine Regierung ist ein Hohn auf die Verfassung. Man kann von uns nicht erwarten, daß wir einer Regierung Vertrauen schenken, die unter der Führung der Demokratie steht, die die schwerste Schuld am Zusammenbruch trägt. Wir sehen voraus, daß diese Regierung das deutsche Volk ins Elend stürzen muß. Wir beantragen auf Grund von § 8, Absatz 2 der Verfassung die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die gesamte württembergische Staatsverwaltung seit 9. November 1918 einer sorgfältigen Prüfung unterziehen soll. Da die Verfassung nur ein Vorschlag der Stimmen des Hauses für die Stellung dieses Antrags vorzeichnet, so ist unser Antrag angenommen.

Abg. Vogt (S.): Ich kann mir keinen Nutzen davon versprechen, daß die Kriegspolitik hier behandelt wird. Es bleibt Tatsache, daß wir den Krieg verpflegt und eine Revolution gehabt haben. Die Auffassung Boglles, das parlamentarische System habe am 9. November 1918 versagt, ist eine oberflächliche Geschichtsauffassung. Wir begrüßen in der Regierungserklärung die Betonung der Reichseinheit und des föderalistischen Gedankens, hauptsächlich auch das Bestreben, sparsam zu sein. Den südwestdeutschen Zusammenschluß fördern wir ohne jede Großmachtsucht. In Berlin soll Süddeutschland mehr zur Geltung kommen. Man macht dort immer nur Pläne. Es ist ein Spielplatzentwurf ausgearbeitet, der 30 Milliarden erfordert. Ein Reichsbildungsamt soll man gründen. Die Reichsschuldenlösung ist ergebnislos verlaufen. Solche Kosten müssen erpart werden. Die Verstaatlichung der Posten in Württemberg kostet 50 Millionen Mark. Ich sehe sie nicht als dringend an. Die Durchführung des Jugendamtsgesetzes soll nur in großen Städten und Industrieregionen in Angriff genommen werden. Mit dem nächsten Schuljahr und der Vermittelfreiheit eilt es nicht. Die Beamtenorganisation muß eingeschränkt werden. Bei der Schaffung von Spitzen und gehobenen Stellungen ist zu sparen. Die Bevormundung durch Aufsichtsstellen gehört eingeschränkt. Wir begrüßen die Aufhebung der Kreisregierungen, wünschen eine Neuenteilung des Landes auf Grund wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Momente. Die württembergische Regierung soll in Berlin die Abschaffung der Kriegsgesellschaften und ihrer Abwählungsämter betreiben. Mit eigenem Begehren muß ausgeführt werden. Im württ. Arbeitsministerium, wo über 700 Köpfe beschäftigt werden, kann auch abgebaut werden. Die Abteilung für Arbeitsbeschaffung und die Rohstoffabteilung können ruhe verschwinden. Wir wollen das gleiche wie Buzille. Wir wollen die Erwerbslosenversicherung und die Akkordarbeit. Wir verwirren die schematische Durchführung des Achtstundentags, besonders auf dem Gebiet des Bergbauwesens. Das 16. Milliardenbudget der Eisenbahn ist darauf zurückzuführen. Die Tarifverhandlungen ertragen keine Härten. Beamtenpolitik gewaltig. Den Beamten ist es gelungen, den Staat bis heute durchzuführen. Dafür gebührt ihnen Dank. (Beifall.) Aber es ist auch Klagen über Wahlbeeinflussung und Steuerfahrlässigkeit. Dazu besteht die Titelucht weiter. Streikende Beamte sind zu beschleunigen. Der Staat muß Mittel zur Beschaffung von Vieh zur Verfügung stellen. Als Redner auf die Zwangswirtschaft einzugehen, kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit der Bürgerpartei und dem Bauernbund. Ein Preisabbau bei den Erzeugnissen der Landwirtschaft ist wünschenswert, weil unsere Industrie in einer Krise steht. Der Mittelstand müßte leben können; vor Kommunalisierung ist er zu schützen. Bei den kulturellen Fragen beanstanden wir den Abbau des Lehrerbildungswesens. Die konfessionelle Lehrerbildung darf nicht bloß auf dem Verordnungsweg beseitigt werden. Nur wenn jeder seine Pflicht auf seinem Posten tut, kann eine Zeit des Friedens und der Wohlfaht kommen. Präsident Walter: Auf Antrag zweier Parteien wird die Nachmittagsitzung heute abgelehnt. Nächste Sitzung Freitag vormittag 1/9 Uhr.

## Württemberg.

Stuttgart, 8. Juli. (Amtsübertragung.) Der Gemeinderat hat die Stelle des Vorstandes des Jugendamts dem Oberamtmann Aldinger beim Ministerium des Innern übertragen und ihn gleichzeitig mit der Leitung der Kriegsfürorgestelle betraut. Stuttgart, 8. Juli. (Eingemeindung.) Der Gemeinderat hat der Eingemeindung von Oberbüchelheim nach Stuttgart zugestimmt, nachdem der Oberbürgermeister Gemeinderat sich bereits dafür ausgesprochen hatte. Stuttgart, 8. Juli. (Rentnerverband.) Der Ortsgruppe Stuttgart des Reichsrentnerverbandes sind bis jetzt rund 500 Mitglieder, etwa der sechste Teil der hier lebenden Rentner, beigetreten. Jaurndau O.V. Göppingen, 8. Juli. (Schweres Verbrechen.) Die 51 Jahre alte Landwirtin Frau Beller wurde bei der Feldarbeit von einem 25 Jahre alten Mann mit unzüchtlichen Anträgen belästigt. Als die Frau davon sprang, verfolgte sie der Unbekannte und verletzete sie mit einer Haue schwer am Kopf und an den Ar-

## Wessen Bild trägst du im Herzen?

Roman von Erich Ebenstein.

8) (Nachdruck verboten.) Er widersprach nicht mehr. Ein Bild in ihre Augen hatte ihm gezeigt, daß auch sie die Herrschaft über sich selbst wieder völlig erlangt hatte. Serena trat ein. Er warf ihr einen bedeutungsvollen Blick zu und zog sie beiseite, um ihr in kurzen Worten zu sagen, was geschehen mußte. „Vor allem achte auf sie!“ schloß er flüsternd. Serena starrte ihren Bruder verzückt an. „Du bleibst also doch hier?“ „Ich muß! Begreifst du das nicht?“ „Doch. Aber deine neue Stelle... wird man es dir nicht abnehmen, wenn...“ „Mag man! Selbst wenn ich sie verliere — ich kann nicht anders!“ Dann ging er. Das Nüchtern des Kindes nahm immer mehr den Charakter von Entscheidungsfällen an. Die Erbprinzessin hatte den Kleinen auf ihren Schoß genommen und bemühte sich, seine Not durch geeignete Haltung des Kleinen Körpers zu erleichtern. „Die Oberhofmeisterin hat mich ans Telefon rufen lassen“, berichtete Serena inzwischen leise. „Sie mahnte, daß wir rechtzeitig in Rottegg eintreffen sollen, aber ich antwortete, daß davon gar keine Rede sein könne, da der kleine Prinz viel kränker sei, als man gedacht, und Ew. Hoheit ihn heute keinesfalls mehr verlassen würden. Sie möge dies Sr. Hoheit, dem Herrn Erbprinzen, mitteilen und Ew. Hoheit entschuldigen.“ Erbprinzessin Hessolda nickte nur. Sie hatte kaum auf Serenas Bericht geachtet. Für sie war die ganze Welt versunken bis auf das arme, kramphast nach Luft ringende Lämmchen, das sie in Armen hielt.

Der Erbprinz stampfte vor Jörn mit dem Fuße auf, als ihm die Oberhofmeisterin bei seiner Ankunft in Rottegg — möglichst verzückt — Bescheid aus Hallerstein mitteilte.

„Unglaublich! Aber mir ahnte gleich so etwas! Ich kenne die Erbprinzessin! Sie opponiert nicht gerne offen, tut aber, wenn Achim in Frage kommt, immer, was sie will! Natürlich ist die ganze Geschichte gar nicht so arg, sondern künstlich aufgebauscht. Eine einfache Finte, um mich zu schlagen!“

Frau v. Kellstab gab sich alle Mühe, den Aufgeregten zu beruhigen, aber er hörte gar nicht auf sie.

Mit finsterner Miene ging er im Gemach hin und her. Und das gerade heute nach dem, was ihm sein Vater soeben angedeutet hatte! Wo es nun doppelt wichtig wäre, gute Beziehungen zu pflegen und harmlose Ahnungslosigkeit nach allen Richtungen hin zur Schau zu tragen! Wie sollte er Hessolda einschuldigen? Die Wahrheit sagen? Sie würde entweder heimlich belächelt werden oder — falls man daran glaubte — sofort beruhigende Gerüchte erzeugen. Dazu kam noch, daß Hessolda wahrscheinlich erwartete, er werde als besorgter Vater nun gleichfalls den Besuch aufgeben und sofort nach Hallerstein zurückkehren. Aber da konnte sie warten. Das ging ja gar nicht.

Er blieb vor der Oberhofmeisterin stehen.

„Sagen Sie meiner Frau, wenn Sie jetzt nach Hallerstein fahren, daß ich sehr unangenehm berührt von ihren geänderten Dispositionen bin, aber selbstverständlich nicht an eine ernste Gefahr glaube und deshalb das Fest des Oberstallmeisters besuchen werde. Sollte Achims Zustand sich verschlimmern, soll man mich natürlich sofort benachrichtigen. Andernfalls übernehme ich dann mit meinem Adjutanten im Residenzschloß, da ich für morgen früh eine Truppeninspektion angelegt habe.“

Am nächsten Morgen brachten alle Zeitungen Alarmnachrichten über die schwere Lebensgefahr, in welcher der kleine Erbprinz geschwebt hatte. Ein fremder Arzt, dessen Name in der Residenz kaum bekannt war, der kein Landeskind war und sich nur zufällig auf der Durchreise hier befand, war von der Erbprinzessin zugezogen worden.

Als Dr. Rumbly, der Vertreter des herzoglichen Leibarztes, in Hallerstein spät abends noch einmal erschien, um den kleinen Patienten zu besuchen, fand er Dr. Seilern im Krankenzimmer vor und erfuhr, daß soeben eine angeblich dringende notwendige, lebensrettende Operation an dem kleinen Erbprinzen vollzogen worden war.

Der Erbprinz, der sich abnungslos zum Frühstück gesetzt hatte, war aufs höchste empört, als er den offensichtlich tendenziös gehaltenen Artikel las. Dann ballte er die Zeitung wütend zusammen, schleuderte sie in eine Ecke und ließ Major v. Hillebrandt, seinen Adjutanten, rufen. „Sagen Sie die Truppeninspektion sofort ab, Hillebrandt. Wir fahren nach Hallerstein.“ sagte er kurz.

Schweigend und verbissen lehnte der Erbprinz während der Fahrt in seiner Ecke. All sein Jörn konzentrierte sich auf Hessolda.

Was fiel ihr ein, so eigenmächtige Anordnungen zu treffen, die nun überall böses Blut machen würden? Und warum hatte man ihn nicht verständigt?

Er nahm sich vor, ihre den Standpunkt endlich gründlich klar zu machen. Eine Erbprinzessin hatte Rücksichten zu nehmen! Sie durfte nicht handeln wie die nächstbeste Bürgerfrau, die aus Angst um ihr Kind jeden beliebigen Arzt zu Rate ziehen kann.

Uebrigens — die Weibervirtschaft um Achim mußte aufhören! Sobald der Kleine gesund war — und das würde ja sicher bald der Fall sein — sollte er einen Offizier als

men, sodas sie bewußtlos zusammenbrach. Auf ihre Hilfe rufe war ein Mann herbeigeeilt. Der Täter ist entkommen.

**Ellwangen, 8. Juli.** (Gut ernährte Kinder.) Auf der Bezirksschulversammlung hier erstattete Medizinalrat Dr. Guant einen Bericht über die schulärztlichen Untersuchungen des letzten Jahres. Danach ist der Gesundheitszustand der Kinder in unserem vorwiegend landwirtschaftlich treibenden Bezirk ein befriedigendes. 49 Kinder sind dürrig ernährt, unternährter ist jedoch kein einziges.

**Nalen, 8. Juli.** (Leimdiebe.) Auf erschwerter Weise wurde dieser Tage in einer Leimfabrik in Vöpsingen für 2250 Mk. Leim gestohlen. Einer der Diebe wurde in Nalen festgenommen.

Die Schuhmacher verkaufen die Schuhwaren so billig, als wenn sie aus Häuten zu den jetzigen Häutepreisen hergestellt werden. Bezüglich der Preise anderer Waren werden Verhandlungen angebahnt. — Verschiedene größere Geschäfte haben in ihren Betrieben die Arbeitszeit auf 6, sogar auf 8 Tage in der Woche eingeschränkt. — Bezüglich der Milchpreise werden die Verhandlungen mit den Liefergemeinden fortgesetzt. — Die Maul- und Klauenseuche ist in unserem Bezirk immer noch im Zunehmen begriffen.

**Dffingen u. Niedlingen, 8. Juli.** (Kirchenraub.) Die hiesige Wallfahrtskirche wurde in der Nacht zum 2. Juli durch Diebe heimgesucht. Das Tabernakel wurde erbrochen und der Speiseleib und die Lamula gestohlen. Auch aus der Sakristei haben die Diebe den Messleib und die prächtigen gotischen Messgewandte, ferner eine Albe und sonstige Leinwand gestohlen.

**Fettwang, 8. Juli.** (Fahrerabdiebstähle.) In der Nacht zum Dienstag wurden in Buch bei Reckenbäumen 5 Fahrräder gestohlen. Im nahen Wald wurden wieder 2 ohne Bereifung aufgefunden. In der gleichen Nacht wurden in Fünfeichen ebenfalls 2 Fahrräder gestohlen, die dann in einem Kornfeld ohne Bereifung aufgefunden wurden.

**Stuttgart, 8. Juli.** (Aus dem Gemeinderat.) Aus dem hiesigen Gemeinderat scheiden in den nächsten Tagen drei Mitglieder aus und zwar R. Beitzinger (SP.) aus Gesundheitsrücksichten, Stetter (S.) wegen Übernahme eines neuen Amtes und der Unabhängige Jeyer. An ihre Stelle rücken nach Freizeitermeister Wolf (SP.), der frühere Gemeinderat Kowald (Soz.) und der Eisendreher Gubler von Untertürkheim (USP.).

**Nagold, 8. Juli.** (Kriegermal.) Der Gemeinderat genehmigte den Ausbau der Friedhofskirche zu einer Kriegergedächtniskirche und bewilligte die Kosten im Betrag von 60 000 Mark.

**Lauffen a. N., 8. Juli.** (Frühkartoffelernte.) Mit der Frühkartoffelernte wurde hier bereits begonnen. Der Ertrag ist ein sehr guter. Die Kartoffeln kopmen größtenteils nach Stuttgart, wo sie im Kleinverkauf zu 65 Pfg. das Pfund und teurer angeboten werden.

**Weinsberg, 8. Juli.** (Glücklich daheim.) Nach vierjähriger russischer Gefangenschaft kehrte Kaufmann Otto Burkhardt, der Sohn des verstorbenen Oberlehrers an der Weinbauhochschule, in die Heimat zurück.

**Göppingen, 8. Juli.** (Zeitungsvereinigung.) Die „Freie Volkszeitung“ hier, das Organ der Sozialdemokraten, hat sich mit der Druckerei und dem Verlag der „Donauwacht“ in Ulm zu einer Betriebsgemeinschaft vereinigt. Der Druckereibetrieb wird nach Ulm verlegt. Geschäftsstelle, Redaktion und Buchhandlung bleiben wie bisher bestehen.

**Künzelsau, 8. Juli.** (Milchpreis.) Der landwirtschaftliche Bezirksverein setzte den Preis für Verbraucher Milch auf 1 Mk., für Verarbeitungsmilch auf 95 Pfg. und den Butterpreis auf 10 Mk. fest.

**Stuttgart, 8. Juli.** (Angetreuer Beamter.) Der 23 Jahre alte Eisenbahnpraktikant Eberhard Schenkele von hier ist als Schalterbeamter nach und nach 5000 Mark aus dem Verkauf von Fahrkarten unterschlagen. Um die Unterschlagungen zu verdecken, machte er falsche Eingänge. Dem Staat wurde voller Erfolg geleistet. Das Schwurgericht verurteilte den schuldigen jungen Menschen zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis.

Am Samstag wurde der als Einbrecher bekannte 34 Jahre alte Hilfsarbeiter Eugen Hrt von Geseheheim von Kriminalbeamten betroffen, wie er einen Sack mit Wäsche, die er neben bei einem Einbruch erbeutet hatte, in seine Wohnung in Gahlenberg schaffen wollte. Der Verhaftung suchte sich Hrt dadurch zu entziehen, daß er mehrere Säcke auf die Beamten abgab, ohne Inhalt zu stiften. Er wurde schließlich festgenommen. Hier ist ein schon lange gesuchter Einbrecher, der bereits 60 Einbrüche nachgewiesen sind. Ein großer Teil der Beute konnte wieder beschlagnahmt werden.

**Reichsbanknoten.** Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 20. Oktober 1918 haben ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 10. September v. J. verloren; sie werden nur noch bis zum 10. September d. J. von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Wiedereinlösung erinnert. Um Streitigkeiten zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nur um die Reichsbanknoten vom 20. Oktober 1918 mit der dunklen quadratischen Umrandung auf der Vorderseite, nicht aber auch um die 50 Marknote vom 20. November 1918 handelt.

Erleider bekommen und dem sentimentalen Einflusse seiner Mutter möglichst entzogen werden.

Leider kam der Erbprinz nicht dazu, seiner Gemahlin folgend den Standpunkt klar zu machen.

Als er Hallerstein erreichte, empfing ihn Frau v. Mellas mit der Mitteilung, daß Achim zwar außer Gefahr sei, aber niemand das Krankenzimmer betreten dürfe wegen der Ansteckungsgefahr. Der ganze Flügel, den die Erbprinzessin bewohnte, war abgesperrt. Außer ihr selbst, den Geschwister S. Eltern und Frau v. Archer war allen der Eintritt verboten. So blieb dem Erbprinzen nichts übrig, als wieder in die Residenz zurückzufahren.

(Fortsetzung folgt.)



Zur Konferenz in Spa. Das Kasino in Spa, wo die Konferenz stattfand.

## Badischer Landtag.

79. Sitzung.

Karlsruhe, 7. Juli.

Arbeitsminister Rückert beantwortete eine kurze Anfrage des Abg. Karl (DN.) und teilte mit, daß die Stadt Heidelberg sich noch nicht für die Edinger Linie entschieden habe. Der Entwurf der Edinger Linie sei bald fertiggestellt, so daß er in Heidelberg und in Dieblingen vorgelegt werden könne.

Sämtliche Parteien des Landtags brachten hierauf folgenden Antrag ein: Der zur Prüfung und zur Vorbereitung von Beschlüssen über die Möglichkeiten und Wege zum Abbau der Zwangswirtschaft eingesetzte Ausschuss soll sofort die Möglichkeiten und Wege zum Abbau der Preise bei Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft untersuchen, in der Folge dann die entsprechenden Möglichkeiten zu einem allmählichen Abbau der Löhne berücksichtigen und so die geeigneten Beschlüsse für das Plenum vorbereiten.

Dr. Schofer (Z.) begründete den Antrag und erklärte, er sei bereits gefaßt worden, ehe da und dort Nahrungsmittelunruhen eintraten. Diese hätten also keinen Einfluss auf den Antrag ausgeübt. Abg. Mayer-Heidelberg (Soz.) erklärte, für den Antrag zu stimmen. Seine Fraktion habe eingesehen, daß die Zwangswirtschaft sich nicht mehr aufrecht erhalten lasse. Die Abgg. Dr. Glockner (D.) und Habermehl (DN.) sprachen sich ebenfalls für den Antrag aus, der darauf einstimmig gutgeheißen wurde.

Abg. Eberhardt (Z.) begründete einen Antrag seiner Fraktion über die Fürsorge für die Kleinrentner. Abg. Rauh (S.) stellte einen Antrag über die Fürsorge für die Rentnempfänger aus den reichsgerichtlichen Versicherungen. Minister Rückert erklärte die Not der Kleinrentner an und erklärte, in der Fürsorge für die Kleinrentner könne nicht schematisch verfahren werden. Die Trägerin aller individualisierenden sozialen Fürsorge müsse die Gemeinde sein. Sollten die Mittel der Gemeinde nicht ausreichen, dann müsse das Reich eingreifen. Den Antrag Rauh werde die Regierung an die Reichsregierung weiterleiten. Es sei zu erwarten, daß der Reichstag und die Reichsregierung sich in der nächsten Zeit mit der Angelegenheit beschäftigen. Beide Anträge werden angenommen.

Dr. Glockner (Dem.) berichtete über den Gesetzesentwurf über die Grunderwerbsteuer. Der Gesetzesentwurf wurde einstimmig angenommen.

Abg. Straub (Z.) begründete einen Antrag, wonach die Regierung ersucht werden sollen, durch Vermittlung des Justizministeriums alle seit 1914 bei badischen Gerichten oder Staatsanwaltschaften erwachsenen Alten dem Landtag vorzulegen, denen eine Anzeige gegen Angestellte der Landwirtschaftskammer wegen der Ueberschreitung der kriegswirtschaftlichen Vorschriften erhoben wurde. Der Landtag soll dann einen Ausschuss zur Prüfung der Alten bilden. Das Haus nahm den Antrag mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten an.

Hierauf vertagte sich das Haus auf unbestimmte Zeit.

## Baden.

Karlsruhe, 7. Juli.

Im Anschluß an die gestrige Erwerbsdemonstration kam es heute in der Kaiserstraße zu bedauerlichen Zwischenfällen. Ein Trupp junger Kurdisen drang in das Warenhaus Geschwister Knopf ein und begann dort zu plündern. Der Polizei und der Gendarmerie gelang es, das Warenhaus zu räumen. Als sich im weiteren Verlauf der Unruhen die Sicherheitspolizei zurückzog, folgte ihr die Menge johlend nach und griff sie an. Als Schüsse aus der Menge fielen, erwiderte die Sicherheitspolizei das Feuer. Hierbei wurde eine Frau durch einen Gewehrschuß getötet. Mehrere Personen wurden leicht verletzt.

Seit früh verläuteten Plakate der Behörde an den Straßenenden, daß die Preise für Nahrungsmittel ermäßigt wurden und zwar Kartoffeln von 40 auf 25 Pfg., Fett von 18 auf 13 Mk. Die Nahrungsmittelgeschäfte und die Warenhäuser verkauften zum Teil unter dem Selbstkostenpreis und auch die Marktpreise auf dem Markt waren niedriger als in den letzten Wochen. Der Markt war schwächer besetzt als in den letzten Tagen.

**Mannheim, 8. Juli.** Der 34 Jahre alte Elektrotechniker Karl Adnning aus Oberoltingen, der wegen Notenfälschung schon mit 5 Jahren Zuchthaus verurteilt ist, aber bei dem Anbruch im Ruhrgebiet aus dem Zuchthaus befreit worden war, hat im Verein mit dem Fabrikarbeiter Wilhelm Dohm aus Wattenheim, dem Gärtner Josef Groß aus Gelsenkirchen und dem Arbeiter Karl Winkel aus Ludwigschafen falsche 50 Mark-Scheine hergestellt und vertrieben. Adnning wurde vom Schwurgericht zu 8 Jahren, Dohm zu 2 Jahren Zuchthaus, Groß zu 3 Jahren und Winkel zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, sowie alle zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

**Taubersbachsheim, 8. Juli.** Die für den hiesigen Bezirk von den Organisations des Bauernstands und

des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstands gebildete Lebensmittelausschleife beschloß den Preis für den 3-Pfund-Weißbrot auf 2.50 Mk., für 1 Pfd. Fleisch auf 5.80 Mk., für Zucker auf 1.60 Mk. festzusetzen. Der Erzeugerpreis für Milch beträgt 1.30 Mk. Der Kartoffelpreis wird festgesetzt, sobald sich das Ergebnis der neuen Ernte übersehen läßt. Der Erzeugerpreis soll sich zwischen 10 und 15 Mk. bewegen. Die Ausschleife hat einen Aufruf an die Landwirte gerichtet durch Schaffung örtlicher Kontrollen aus Kreisen der Erzeuger und Verbraucher, dem Kammerwesen und dem Schleichhandel entgegenzutreten.

**Wertheim, 8. Juli.** Eine Aussprache zwischen Vertretern der Erzeuger und der Verbraucher führte zu der Einigung, daß der Erzeugerpreis für ein Ei auf 1 Mk., der Verkaufspreis für Milch auf 1.40 Mk., der Einkaufspreis für ein Pfund Fleisch Lebendgewicht auf 3—3.50 Mk. festgesetzt wurde. Zum Kartoffelpreis war man allgemein der Ansicht, daß der vom Reichsernährungsministerium in Aussicht genommene Höchstpreis von 25 Mk. nicht in Frage kommen könne.

**Konstanz, 8. Juli.** Aus dem größten Teil der Gemeinden der Bodenseegegend, wie auch aus den Bezirken Waldshut und Säckingen und einer Reihe Schwarzwaldgemeinden liegen Meldungen vor, wonach sich die Landwirte bereit erklärten, den Liter Milch für 1 Mk. bis 1.20 Mk. abzugeben.

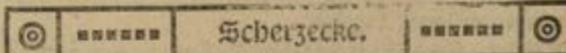
## Mutmaßliches Wetter.

Im Osten sieht ein schwacher Hochdruck. Im Westen taucht eine neue Störung auf. Am Samstag und Sonntag ist warmes, meist trockenes, aber vielfach gewittriges Wetter zu erwarten.

## Die deutsche Landwirtschaft.

Prof. Dr. Kindermann-Hohenheim schreibt über die deutsche Landwirtschaft und ihre Entwicklung in seinem neuen im Verlage von Georg D. W. Callwey-München erschienenen Buche „Die soziale Schöpferkraft im Aufbau Deutschlands und des Völklerlebens“ u. a.: Die deutsche Landwirtschaft hat lange Zeit in grauen Gewändern ihre schwere Arbeit verrichten müssen, während ihre Schwestern Industrie und Handel in glänzenden Wagen dahinfuhren; die Not des Weltkrieges und Umsturzes hat sie ihnen ebenbürtig gemacht. Jahrhundertlang stand sie im Vordergrund des Interesses; in den mehr naturhaften Jugendzeiten des deutschen Volkes bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein gab sie in Bewässerung mit der strengen Gesamtanrichtung den Ton an. In den folgenden gewaltigen Umstellungszeiten mit den freiheitlichen Strömungen wurden ihre Bodenfestigkeit und ihre Arbeit zugunsten der beweglichen Industrie- und Handelsmächte gering geschätzt. Unter der Gunst der Umstände wuchsen diese Stände gewaltig an; ihre glänzenden Erfolge im Inland und bis zu den fernsten Völkern der Erde hin schufen ihnen eine unerhörte Seltenheit und hohe Wertigkeit. England ging darin voran und gelangte zu der bekannten industriellen und kaufmännischen Vorherrschaft in der Welt. Daß es dabei seine Landwirtschaft fast hinopferte, kümmerte es zunächst wenig; man erhielt ja Nahrung von aller Welt her und hatte vorläufig kräftige Menschen in der Stadt durch die große Abwanderung vom Lande. Unter dem Druck der Gesamtumstände trat auch Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren in diese Bewegung ein. Die Gründerzeit nach dem siebziger Jahre war einer ihrer Höhepunkte. Wie Deutschland infolge seiner Mittellage und Charaktereigenschaften die Freiheitsbewegung nicht umfassend und lange im Vergleich zu England durchmachte, so unterschätzte es auch nicht in derselben Weise die Landwirtschaft. Schon Ende der siebziger Jahre setzte eine Schutzollbewegung mit zu ihren Gunsten ein. Als die Fülle im Laufe der neunziger Jahre aber wieder ermüdet wurden, wuchs ihre Not von neuem und kam es zu der starken Gegenbewegung unter Führung des Bundes der Landwirte. Allmählich erwachte die Erkenntnis, daß sie doch nicht durch Nahrungsbezug von irgendwoher geschwächt werden dürfe. Im Jahre 1906 wurden die Schutzölle für sie gesteigert. Seitdem und unter Mitwirkung zahlreicher anderer Maßregeln trat eine größere Besserung ein. Vor allem wurde der Getreidebau als Rückgrat der Landwirtschaft erhalten. So gingen wir landwirtschaftlich viel besser gerüstet als England in den Krieg. Die Landwirtschaft hat uns einmal ein Mindestmaß notwendiger Nahrungsmittel dauernd beschafft und ferner uns ihren reichlichen Vorrat frischer, naturhafter Menschen mit ihrer starken Dauerhaftigkeit zur Verfügung gestellt. Der Geist energischen Draufgehens, welcher unsere Kriegführung gegenüber der englischen kennzeichnete, wird wesentlich unserem stärkeren landwirtschaftlichen Einschlag verdankt. Die Verklammerung hat England nervös und müde gemacht. Damit ist die Zeit der Geringschätzung der Landwirtschaft erledigt und ihre Gleichwertigkeit mit Industrie und Handel festgelegt. Mit welchem Eifer verfolgte jeder Städter in den Kriegsjahren das Wachstum des Getreides, der Kartoffeln, des Gemüses, und wie sorgend war er die Wirkung der wechselnden Sonne und Feuchtigkeit darauf ab; wie ging ihm bei der Milchknappheit die Bedeutung der Rindviehzucht auf! Als notwendiger Unterbau alles Volks- und Wirtschaftslebens steht sie uns lebendig vor Augen.

Sehr interessant sind auch die Ausführungen Kindermanns über die Erhaltung und Hebung des landwirtschaftlichen Standes und des Gleichgewichts von Groß- und Kleinbetrieben, sowie über die Frage der Leutenot, des landwirtschaftlichen Kredits und die Unterrichtsfragen.



## Sokrates über die Zungen.

Ich will die Weiberzungen nicht gerade verleumden, behüte, ich habe nicht gesagt, daß sie böse sind — aber es gibt geräucherte, die mir doch lieber sind.



# Letzte Nachrichten.

## Neue Befehungen?

Kopenhagen, 8. Juli. „Berlingske Tidende“ meldet aus London, Frankreich treffe Vorbereitungen für eine Befegung von Frankfurt, Mannheim und Heidelberg, da die Reichswehr nicht bis zu dem im Friedensvertrag festgesetzten Termin (10. Juli 1920) entlassen sein werde.

## Bolschewistenprozess.

Budapest, 8. Juli. Vor dem Budapester Strafgericht begann die Verhandlung gegen die 10 bolschewistischen Volkskommissare, denen es nicht gelungen war, nach dem Sturz der Proletarierdiktatur aus Budapest zu flüchten. Die Angeklagten werden beschuldigt, unter Androhung der Todesstrafe an Beamten Erpressungen und Fälschungen durch Ausgabe von mehr als 3 1/2 Milliarden nachgeahmter Banknoten der österreichisch-ungarischen Bank begangen zu haben.

## Freispruch.

Amiens, 8. Juli. Das Kriegsgericht hat den ehemaligen Gouverneur von Iode et Charlemont, Oberstleutnant Bailla, von der Anklage, bei der Kapitulation am 23. August 1914 die ihm anvertraute Festung ohne erschöpfende Ausnützung der ihm zu Gebote stehenden Verteidigungsmittel übergeben zu haben, einstimmig freigesprochen.

## Hülsenfrüchte.

Am Samstag werden auf dem Lebensmittelamt von 9—2 Uhr jedes Quantum Hülsenfrüchte abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

## Abgabe an Minderbemittelte.

Es sind uns 60 Anzüge für Herren und Burschen, Anzugstoff, Hemdenlanel, Instandgef. Hosen usw. für Minderbemittelte zur Verfügung gestellt worden, welche durch die Kaufleute Ph. Bosh Nachf. und Albert Lipps abgegeben werden.

Bezugscheine werden am Montag mittag von 2 Uhr ab ausgestellt.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

## Aufforderung

zur

## Brennholz-Anmeldung.

In der Zeit vom Montag, den 12. Juli bis Donnerstag, den 15. Juli je vormittags 8—12 Uhr und 3—6 Uhr werden auf dem städt. Lebensmittelamt Brennholz-Anmeldungen von der hiesigen Einwohnerschaft entgegen genommen. Die Preise für das Rechnungsjahr 1920 und die Quantumsabgabe sind durch Gemeindebeschluss vom 15. Juni 1920 wie folgt festgesetzt worden:

Nadelholzsprügel	pr. Rm.	25 Rm.
Laubholzsprügel	"	30 "
Nadelholzreisprügel	"	15 "
Laubholzprügel	"	18 "
Brennrinde	"	10 "

Für Kriegswitwen kommen die Hälfte dieser Säge in Anwendung. Abgegeben werden im Wege der Verlosung:

- an selbstständig lebende, einzelne Personen mit eigenem Haushalt 3 Rm.
- an Familien bis zu 2 Personen 4 Rm.
- an Familien mit 3 und mehr Personen 6 Rm.

Kriegswitwen wollen bei der Anmeldung sich als solche bezeichnen. Personen oder Familien die keinen oder nur sehr wenig Holzvorrat haben, wollen ihren Bedarf als dringend anmelden. Die dringlichen Anmeldungen werden durch Nachkontrolle auf ihre Richtigkeit geprüft, wer in dieser Beziehung unrichtige Angaben gemacht hat, wird in die letzte Verlosung eingereiht. Die Weiterveräußerung des zugewiesenen Holzes nach auswärts oder an Holzhändler ist streng verboten. Eine Weiterveräußerung an hiesige Einwohner darf nur zum Selbstkostenpreis erfolgen. Zuwiderhandlungen werden von jeder weiteren Verlosung ausgeschlossen.

Anmeldungen auf Brennholz aus dem Walddistrikt Regental nehmen die Anwaltdämter in Sprollenshaus und Nonnenmühl von ihren Parzelleneinwohnern entgegen.

Wer innerhalb der festgesetzten Holz anmeldungsfrist seinen Bedarf nicht anmeldet, kann auf eine Holz zuweisung nicht mehr rechnen.

Den 8. Juli 1920.

Stadtpflege Wildbad.

Zu seinem 20. Wiegenfeste gratulieren wir unserem Freund und Genossen

**Hermann.**

Einige Schwerverbrecher.



## Stottern.



Angstgefühl, Stammeln, Räseln, Lippeln und andere Sprachstörungen beseitigt erfahrener Spezialist unter Garantie, wenn die Untersuchung keine organischen Fehler ergab, ohne Berufsstörung in kurzer Zeit. Keine Apparate die im Mund oder auf dem Körper zu tragen sind etc. (Einzelbehandlung). Amtlich beglaubigte Dankschreiben Geheilte liegen zur Einsicht auf. Nicht zu verwechseln mit minderwertigem Angebot.

## Südd. Spezialinstitut f. Sprachstörungen

Zweigdirektion für Baden Pforzheim

Dillsteinerstr. 3a. (Eingang Engstraße Cafe Heim.)

Sprechstunden: Nur Werktags 11—1, Sonntags

keine Sprechstunden.

# Aus der Heimat.

Wildbad, den 9. Juli 1920.

**Wolkenbruch.** Gestern nachmittag gegen 3 Uhr ging ein schwerer Wolkenbruch über unserer Stadt nieder. Vom Sommerberg und Kappelberg stürzten ungeheure Wassermassen zu Tal, Geröll und Sand mit sich führend. Insbesondere im Straubenberg ist großer Schaden entstanden. Stellenweise wurde das Pflaster aufgerissen und weggeschwemmt. Auch die Uhlandstraße und der Blöcherweg sind böß mitgenommen worden. Auf dem Kurplatz und in der König-Karlstraße lagen große Sandwälle, zu deren Abbeförderung Tage nötig sind. Der Schaden beläuft sich auf mehrere tausend Mark.

**Vom Verkehrsbüro.** Um vielfach bestehende Zweifel zu beheben, macht das Verkehrsbüro darauf aufmerksam, daß es als amtliche Fahrkartenausgabestelle der Reichsbahnen die Fahrkarten nur zu den amtlich festgesetzten Preisen ohne jeden Aufschlag abgibt. Es empfiehlt sich, die Fahrkarten nur im Verkehrsbüro zu lösen, weil man gleichzeitig Auskunft über die besten Reise-Verbindungen bekommt, weil das lange Stehen vor dem Bahnhofsalter vermieden wird, weil zugleich das Reisegepäck versichert werden kann, und weil die Fahrkarten schon einige Tage vor Antritt der Reise verabfolgt werden und den Reisenden dadurch die Möglichkeit gegeben ist, ihr Reisegepäck am Tage vor der Abreise abfertigen zu lassen.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche hat bisher wenig Erfolge gezeitigt. Die Zunahme der Seuchenfälle ist eine äußerst rasche. Nach den Zusammenstellungen des Reichsgesundheitsamtes waren von der Maul- und Klauenseuche befallen: Am 15. Mai 1920 399 Bezirke, 2326 Gemeinden, 14384 Gehöfte. Am 31. Mai 1920 500 Bezirke, 3574 Gemeinden, 30394 Gehöfte. Inzwischen ist eine weitere große Zunahme erfolgt. Ein erfolgreicher Kampf gegen die Viehseuche ist nun mit Hilfe von Dämpfen eröffnet worden, die durch Verdampfungsapparate in den Ställen entwickelt werden. Die Methode wurde schon vor Jahren mit Erfolg erprobt und vom beamteten Tierarzt Rohmann zur Einführung empfohlen. In den letzten Wochen wurden gleichfalls glänzende Resultate erzielt und von behördlicher Seite auf die mit dem Apparat laut vorliegenden Zeugnissen erzielten Erfolge aufmerksam gemacht. Der Apparat, der auch gegen andere Viehseuchen laut Zeugnissen mit Erfolg angewendet wurde, sowie zum desinfizieren von Ställen verwendet werden kann und behördlich empfohlen ist, wird von der Metallwarenfabrik Fried. Hanft Nürnberg Abteil. Apparate geliefert. Näheres siehe Inzerat.

Ein vorzügliche Mittel ist vor- **Hühneraugen-** „CornUA.“ erhältlich im Friseurgeschäft Braun & Schlegel, König-Karlstraße.

## Wald- und Land-Arbeiter-Verband.

Am Sonntag, den 11. Juli, nachmittags 3 Uhr findet im „Gasthof zum grünen Hof“ eine

## Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Neuwahl des Arbeiter-Ausschusses.
2. Wahl eines Beisitzers zum Gewerkschafts-Kartell.
3. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Der Vorstand.

## Gemeinde- und Staats-Arbeiter-Verband

Wildbad.

Samstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr

## Versammlung

im „Gasth. z. Eisenbahn“.

Referent: David Stetter, (Gauleiter).

Um zahlreiches Erscheinen bittet

der Vorstand.

## Fritz Ernst, Schneidermeister

Pforzheim, Ecke Zerrener- und Baumstrasse.

## Werkstätte für erstklassige Herrenbekleidung

2819 — Telefonruf — 2819.

## Stofflager

nur guter Stoffe in unerreichter Auswahl.

Schnellste Lieferung bei mäßigem Preis.

Auf Wunsch komme persönlich. — Muster zu Diensten.

## Maul- und Klauenseuche

bewähren sich

## Hanfts Seuchen-Apparate

(D.R.P. a. System Ungelenk D.R.G.M. 591515) am Besten. Jeder Tierhalter, der sich vor großem Schaden bewahren will, muß den Apparat anwenden. Glänzende Erfolge! Behördliche Empfehlungen. Verlangen Sie sofort Prospekte. Bezirksvertreter, welche bei Landwirten gut eingeführt sind, gesucht.

Friedrich Hanft, Nürnberg, Abt. 86, Apparate.

## Salamander-Schuhwaren

von einfach bis feinst in jeder Größe



## Schuhmacher-Arbeiten

wie Sohlen u. Flecken werden prompt und gut ausgeführt.

Herm. Lutz

Schuh- und Maßgeschäft Wilhelmstr. 171.



Feinstgebrannte

## Kaffee-Gerste

(ganzes Korn)

in 1 Pfd.-Paket a Rm. 4.30 Rm. (Höchstpreis).

## Feinstgebrannten Kaffee

das Pfund Rm. 24.—

empfehlen so lange Vorrat reicht

Robert Treiber.

5000 Arbeits- und Wirtschaftsdürzen  
Blaudruck und glatt blau, gute Ware, Zellstoff Rm. 6.50  
das Stück, Probefendung 1/2 Dhd. gegen Nachnahme.

## 1000 Militärbettstrolache

haltbarer Zellstoff Rm. 15 das Stück,  
Probefendung 2 Stück gegen Nachnahme.

## 3000 Kindersdürzen für das Alter

von 1—5 Jahren

teilweise mit Bordbesätzen und Verzierungen Rm. 4  
das Stück, 1/2 Dhd. zur Probe gegen Nachnahme.

## 2000 Paar Holenträger

haltbare Qualität, mit elastischen Teilen Rm. 4.80 das Paar.  
Probefendung 2 Paar gegen Nachnahme.

1000 Stück große Rückläcke mit Taschen  
schwerer Zellstoff, starke Gurte und Haken 50/60 cm Rm. 15  
das Stück. Probefendung 1 Stück gegen Nachnahme.

## 10000 große Säcke

geeignet für Kartoffeln, Futtermittel, Getreide, Masse usw.  
Rm. 906 48/120 cm Rm. 6.50 das Stück, starkfäd. Zellstoff  
" 23 48/120 " " 7.— " " haltbar. Zellstoff  
" 41 50/110 " " 7.50 " " fest. gut. Zellstoff  
1/2 Dhd. zur Probe gegen Nachnahme.

1000 Paar echte Gummistrumpfbänder für Frauen Rm. 1.75  
das Paar

1000 Paar echte Gummistrumpfbänder für Kinder  
Rm. 1.25 das Paar,

aus bestem Gasmaskengummi, strammer Gummizug.  
Probefendung 1/2 Dhd. gegen Nachnahme.

## 3000 Militärfuttereimer (Fressbeutel)

besonders zum Ablesen von Obst und Beeren geeignet  
sehr preiswert,  
guter Zellstoff Rm. 2.75 das Stück,  
Probefendung 2 Stück gegen Nachnahme.

## 5000 Einkaufstaschen

Märktaschen, Damentaschen, Zugbeutel u. teilweise mit  
wertvollen Besätzen und Handmalerei, Probepaket enthaltend  
6 Stück fortiert zusammen Rm. 18.— gegen Nachnahme.

1000 Arbeitsanzüge (Joppe und Hose)  
blau, fester Zellstoff für kleine, mittel und große Figuren,  
statt Rm. 30.— nur Rm. 27.— der Anzug.  
1 Probeanzug gegen Nachnahme.

Eduard Schmidt, Mech. Nöherei, Coburg.

## Färberei

## Printz

Karlsruhe,

auf alle Arbeiten wie in der Vorkriegszeit  
eingestellt, sucht an  
allen Plätzen, wo sich  
keine Niederlage be-  
findet,

## Vertreter

(Annahmestellen).

Es wollen sich nur solche  
Firmen melden, die ein  
geeignetes, in guter Lage  
befindliches Laden-Ges-  
chäft (Manufaktur-,  
Kurzwaren usw.) be-  
treiben.

## Landes-Kur-Theater

Wildbad

Direktion Sieng & Krauß.

Freitag, 7. Juli

## Die Fledermaus

Operette in 3 Akten.

Samstag nachmittag

## Donröschen.

Märchenspiel.

Abends

## Am Teetisch.

Lustspiel in 3 Aufzügen  
von Karl Sloboda.

## Linden-Kabarett

Wilhelmstrasse 147

Eingang durch den Garten.

Dir.: E. Zengler.

Täglich 8 1/2 Uhr

1. bis 15. Juli

## erstklassiges Grosstadt-Programm

Stimmungskapelle

Seidel-Grossmann.

Nach Kabarettschluss:

## Tanz.

